



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Universität Leipzig hat den edeln Gründer der Sammlung bei Veranlassung ihrer Eröffnung zum Doctor der Philosophie ernannt — noch höhere Freude als diese ehrenvolle Auszeichnung wird ihm das Bewußtsein des warmen Dankes gewähren, den alle wahren Freunde der Kunst im Genusse seiner schönen Schöpfung gegen ihn empfinden müssen.

Wünschen wir dem Endziele der Sammlung, Freude und Verständniß am Schönen in immer weiterem Umfange zu verbreiten von Herzen eine segensreiche Erfüllung, ein erfreuliches Fortgedeihen, aber dem ganzen Museum, daß die warme Kunstliebe und der ruhmwürdige Bürgerfinn, die es ins Leben gerufen, eine dauernde Zierde Leipzigs sein und bleiben mögen!

Von der preussischen Grenze.

Wenn auch von den Einzelheiten der Teplitzer Zusammenkunft noch nichts bekannt ist, so hat sich die Wirkung doch bereits gezeigt: Oestreich und Preußen haben gemeinsam gegen die europäische Conferenz in der Savoyer Frage protestirt. Was dieser Schritt von Seiten Preußens zu bedeuten hat, erhellt, wenn man den von Oestreich bisher festgehaltenen Standpunkt ins Auge faßt. Oestreich hatte erklärt, es mißbillige zwar die Einverleibung von Savoyen und Nizza, habe aber gegen dieselbe viel weniger einzuwenden als gegen die Einverleibung von Parma, Modena u. s. w., betrachte sie vielmehr als die natürliche Folge der letzteren. Auf diesen Standpunkt ist ihm also Preußen gefolgt.

Dagegen zeigt sich auch nicht die geringste Spur, daß Oestreich sich bemühte, Preußen in der Auffassung der deutschen Frage entgegen zu kommen. Im Gegentheil sehn wir die Mittelstaaten geschäftiger als je, sich über eine Form der Bundeskriegsverfassung zu einigen, die den preussischen Vorschlägen die Spitze abbrechen soll. Und in Oestreich selbst steigt die Verwirrung; im Reichsrath selbst gewinnt diejenige Partei, welche für Aufhebung der Centralisation arbeitet, immer größern Boden, und den Neuerungen der Regierung ist es nicht gelungen im Volk irgend einen Anklang zu erwecken.

Kaiser Napoleon hat auf die Teplitzer Zusammenkunft bereits geantwortet, es ist der Brief an Persigny. Die humoristischen Seiten dieses Briefes sind von der Presse bereits hervorgehoben, und sie springen in der That so klar in die Augen, daß keine große Kunst dazu gehört, sie aufzufinden. Dazu rechnen wir vor allen die phantastische Auffassung der französischen Kriegsmacht. Allein der Brief hat auch seine

ersten Seiten. Im posttrophen Ton von der Welt erklärt der Kaiser, daß in Bezug auf Italien ihn nichts hindere, weder ein Vertrag noch sonst etwas, die Auffassung Englands zu theilen: daß nämlich Italien mit Ausschluß jeder fremden Nation sich selbst den Frieden zu erkämpfen habe. Sofort erklärt Lord Russell im Parlament, England und Frankreich würden in Italien nicht interveniren, d. h. mit andern Worten, sie würden jede Intervention ausschließen. Unmittelbar darauf werden die neapolitanischen Abgeordneten, die eine Einigung Piemonts mit ihrem Hof anzubahnen suchten, mit offenbar abschlägiger Antwort entlassen, und Garibaldi schickt sich an, auf das Festland überzugehen, wenn es nicht in diesem Augenblick bereits geschehn sein sollte.

Dafür gesteht England seinem Verbündeten die Ausführung des syrischen Kreuzzuges zu, ohne daß die eine oder die andre der Mächte auch nur einen Widerspruch versuchte. Im Parlament selbst wird die Aufrechthaltung des ottomanischen Reichs nicht mehr als ein unanfechtbarer Glaubensartikel aufgestellt. Nicht bloß Bright spricht sich für die Theilung desselben aus, sondern der Mann, der am besten unterrichtet ist, am entschiedensten den französischen Einfluß bekämpft hat, Lord Redcliffe macht Andeutungen, wonach der franke Mann fast ebenso hoffnungslos darnieder liegt, als ihn vor einigen Jahren Kaiser Nikolaus zu finden glaubte.

So stehn die Verhältnisse und die Parteien, wir wollen hoffen, daß in den bevorstehenden Zusammenkünften Preußen die Ueberzeugung gewinnen werde, daß das Princip der Legitimität nicht ausreichend sei, die Politik einer Großmacht zu bestimmen.

Politische Literatur.

Die Judenfrage in ihrer wahren Bedeutung für Preußen von Dr. M. Kalisch. — Leipzig, Veit und Comp. — Mit Recht legt der Verfasser das Hauptgewicht bei seiner Untersuchung auf die Ansicht des preussischen Unterrichtsministers, die Schulen und Universitäten hätten einen confessionellen Charakter. Indem er die sämtlichen Actenstücke beibringt, zeigt er das Unhaltbare dieser Behauptung, und entwickelt zugleich die Consequenzen, die sich aus derselben ergeben müssen. In letzterer Beziehung weist er auf den alten kölnen Kirchenstreit und die Schriften des verstorbenen Erzbischofs v. Droste-Vischering zurück, dessen Ideal es war, die Schulen nach östreichischem Muster einzurichten, d. h. sie den Jesuiten und andern geistlichen Congregationen in die Hände zu geben. Was die Folgen davon sind, zeigt Destreich. Wir kommen noch einmal auf das schon mehrfach ausgesprochene Wort zurück: von allen Paragraphen unserer Verfassung ist der, welcher die Kirche für frei erklärt,